



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
Hier: Keine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren

Beratungsfolge:

21.06.2018 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren um jeweils 2 Prozent wird für die Jahre 2018 und 2019 ausgesetzt. Der Kämmerer wird beauftragt, in dem immer noch nicht genehmigten Doppelhaushalt nach Kompensationsmöglichkeiten zu suchen und diese in der Ratssitzung am 5. Juli vorzustellen. Eine Beschlussfassung kann in dieser oder in der Sondersitzung des Rates am 12. Juli erfolgen.

Kurzfassung

Keine

Begründung

Siehe Anlage



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

12. Juni 2018

Keine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 21. Juni 2018.

Beschlussvorschlag:

Die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren um jeweils 2 Prozent wird für die Jahre 2018 und 2019 ausgesetzt. Der Kämmerer wird beauftragt, in dem immer noch nicht genehmigten Doppelhaushalt nach Kompensationsmöglichkeiten zu suchen und diese in der Ratssitzung am 5. Juli vorzustellen. Eine Beschlussfassung kann in dieser oder in der Sondersitzung des Rates am 12. Juli erfolgen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen und Monaten wurden die hohen und aufgrund der Dynamisierungsregelung auch weiterhin steigenden Kitagebühren in Hagen öffentlich diskutiert und angeprangert. Einmal davon abgesehen, dass sich viele Eltern über fehlende Kita-Plätze beschwert haben, werden immer wieder die hohen Gebühren kritisiert. In Vergleichen mit umliegenden Gemeinden wurde in der Presse vermehrt darauf hingewiesen, dass sich ein Umzug für Eltern, die ihre Kinder aufgrund der eigenen Berufstätigkeit in Tageseinrichtungen unterbringen müssen, finanziell durchaus lohnen kann. So zahlen Eltern mit einem Jahreseinkommen von 52 000 Euro und einer 45 Stunden Betreuung in Breckerfeld im Jahr 1536 Euro und in Ennepetal gar 2088 Euro weniger an Kita-Gebühren als in Hagen.

Die SPD-Fraktion sieht hierin einen enormen Standortnachteil für unsere Stadt, die nach dem Bekunden aller im Rat vertretenen Fraktionen kinder- und familienfreundlicher werden muss. Mit Absichtserklärungen halten wir aber weder junge Eltern in unserer Stadt, noch bewegen wir Eltern mit Kindern dazu, nach Hagen zu ziehen. Es fehlt an Umsetzungen und an deutlichen Zeichen in Richtung dieser für unsere Stadt so wichtige Gesellschaftsgruppe.

Unsere Nachbargemeinde Gevelsberg hat gerade erst vorgemacht, dass ein Stadtrat auch einmal getroffene Beschlüsse wieder zurücknehmen kann wenn erkennbar ist, dass die Auswirkungen sich nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil der Stadt und ihrer Bewohner entwickeln. Gevelsberg hat die 2-prozentige-Gebührenerhöhung gestoppt und betont, damit eben dieses Zeichen an die in Gevelsberg lebenden Eltern senden zu wollen.

Diesem Beispiel müssen wir in Hagen zeitnah und zwingend folgen!

In einer Stellungnahme (0134/2018) zu den gleichlautenden Forderungen der SPD-Ratsfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen hat die Verwaltung den finanziellen Umfang bereits deutlich gemacht, den der Kämmerer im Rahmen des HSP kompensieren müsste. Dazu heißt es: „Ein Verzicht auf die Dynamisierung mindert die Erträge für die weiteren Haushaltsjahre um rund 120.000 p.a.“

Die SPD-Ratsfraktion ist überzeugt davon, dass der Kämmerer eine Möglichkeit findet, diesen Betrag an anderer Stelle zu Gunsten der Hagener Eltern einzusparen.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Rudel', written in a cursive style.

Claus Rudel
SPD-Fraktion



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

55

20

Betreff: Drucksachennummer: 0616/2018
Antrag SPD-Fraktion: Keine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren

Beratungsfolge:
21.06.2018 Haupt- und Finanzausschuss



Die SPD Fraktion im Rat der Stadt Hagen hat für die Sitzung des HFA am 21.06.2018 folgenden Vorschlag zur Tagesordnung gemacht: „Keine weitere Erhöhung der Kitagebühren“.

Der Beschlussvorschlag beinhaltet, die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren um jeweils zwei Prozent für die Jahre 2018 und 2019 auszusetzen.

Dazu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Dynamisierung der Elternbeiträge wurde im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes durch Ratsbeschluss zur Satzung festgelegt. Die damit verbundenen Mehreinnahmen würden, wenn man dem Antrag folgt, für die genannten Jahre wegfallen.

Dies würde zu folgenden Mindereinnahmen führen:

HH-Jahr	2018 ab 1.8.	2019	2020
Kita	38.046	93.137	95.000
Tagespflege	2.128	5.210	5.314
Gesamtverlust	40.175	98.347	100.314

Kita-Jahr	2018/2019	2019/2020
Kita	92.376	94.224
TP	5.168	5.271
Gesamtverlust	97.544	99.494

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlust, der durch die Aussetzung der Dynamisierung entsteht, sich in den Folgejahren weiterhin entsprechend um 2% erhöht.

Für den Wegfall der geplanten Einnahmen wäre eine gleichwertige Ersatzmaßnahme zu benennen. Seitens der Verwaltung kann ein Deckungsvorschlag nicht unterbreitet werden.